



⇒ Florian Maiwald

Vom institutionalisierten ›Blick nach unten‹. Jan Meyer beleuchtet die Ideengeschichte der liberalen Demokratie

Mache sind gleich, andere sind gleicher. Dieser Spruch, welcher hinsichtlich soziopolitischer Defizite im Hinblick auf die egalitäre Ausgestaltung von Gesellschaften nicht selten Verwendung findet, geht ursprünglich auf George Orwells einschlägigen Klassiker *Farm der Tiere* zurück. Im Original lautet das Zitat bei Orwell: »Alle Tiere sind gleich, aber manche sind gleicher.« (Orwell 1982, 107) Im Kontext von Orwells Roman weist dieser Ausspruch darauf hin, dass alle Revolutionen letztendlich zum Scheitern verurteilt sind und zur Etablierung neuer Machtstrukturen beitragen, die dem ursprünglichen Gleichheitsversprechen diametral entgegenstehen. Im Kontext von Orwells Roman manifestiert sich diese Form der »Scheingleichheit« unter den Tieren in der Vorherrschaft der Schweine (vgl. ebd.).

Unternimmt man den Versuch einer inhaltlichen Dekontextualisierung, so wird deutlich, dass jener gedankliche Topos, den Orwell in seinem Roman zum Ausdruck zu bringen vermochte, seit jeher jene Regierungsform prägte, die mit dem Versprechen einer *gleichen* Beteiligung *aller* Gesellschaftsmitglieder auftritt: die liberale Demokratie. Die liberale Demokratie blieb – das weist Jan Meyer mittels einer ideengeschichtlichen Rekonstruktion in seiner wichtigen, hier zu besprechenden Dissertationsschrift nach – historisch betrachtet stets hinter ihrem Versprechen zurück, (I) eine auf Gleichheit basierende Partizipation zu ermöglichen, da (II) bei historischer Betrachtung bei weitem *nicht alle* in das Egalitätsverständnis des liberalen Demokratiebegriffs inkludiert wurden.

Um es konkreter zu machen: Die anspruchsvolle Zielsetzung, welche Meyers Projekt zugrunde liegt, besteht darin, aufzuzeigen, dass spezi-

fische Formen von Exklusionsmechanismen das Projekt der liberalen Demokratie von Beginn an prägen (9). Diese Exklusionsmechanismen, auch dies zeigt Meyers ideengeschichtliche Rekonstruktion in aller Deutlichkeit,

Jan Meyer (2025): Institutionenpolitik gegen die »unteren Klassen«. Zur Einschränkung von Partizipation in der Ideengeschichte liberaler Demokratie, Bielefeld: transcript. 312 S., ISBN 978-3-8376-7791-1, EUR 50,00.

DOI: [10.18156/eua-1-2026-rez-9](https://doi.org/10.18156/eua-1-2026-rez-9)

haben sich seit jeher vor allem gegen die »unteren Klassen« gerichtet. Unter dieser Begrifflichkeit fasst Meyer richtigerweise – je nach historischem Kontext – unterschiedliche Bevölkerungsgruppen: Im Zuge der Industrialisierung entstandene proletarische Gruppierungen, Frauen oder auch kolonisierte Bevölkerungsgruppen (21). Meyer beschreibt diese Gruppierungen als diejenigen, »[...] die aufgrund individueller Merkmale wie geringer Bildung, Armut oder bestimmten Verhaltensweisen vom ›Blick nach unten‹ betroffen sind, in diese Lage durch die ursprüngliche Klassenspaltung in Arbeitgeber (Kapitalisten) und Arbeitnehmer gekommen sind und durch bestimmte Maßnahmen von den ›oberen‹ Klassen am ökonomischen Aufstieg gehindert werden« (23).

⇒ Defensive Demokratisierung

Ein zentrales Konzept, das als analytisches Instrumentarium für Meyers kritisch-ideengeschichtliche Auseinandersetzung mit dem liberalen Demokratiebegriff dient, ist die sogenannte »*defensive Demokratisierung*« (259ff.). Mit diesem Begriff wird – grob heruntergebrochen – die Intention bezeichnet, »[...] die demokratischen Ansprüche abzufedern, einzuhegen und schließlich so zu kanalisieren, dass die bestehenden gesellschaftlichen Machtstrukturen und Rechtsprinzipien, wie das Privateigentum, nicht gefährdet werden« (260). Kurzum: Es geht, wie bereits im Titel angedeutet, um eine Einhegung – in Form einer Einschränkung der politischen Partizipation – der »unteren Klassen«.

Dem Begriff der politischen Institution kommt in Meyers Analyse eine zentrale Rolle zu. Unter Bezugnahme auf Gerhard Göhler versteht Meyer Institutionen als in einer Gesellschaft verfestigte Strukturbedingungen, auf deren Basis politisches Handeln ermöglicht wird. Damit, so Meyer, kommt dem Konzept der Institution eine *ordnungsstiftende Funktionsweise* zu: Erst durch diese Funktion können gesellschaftlich verbindliche und relevante Entscheidungen beschlossen und in der Folge umgesetzt werden. Kurzum und etwas vereinfacht ausgedrückt: Institutionen stellen die politische Infrastruktur einer jeweiligen Gesellschaftsform dar. Neben dieser ordnungsstiftenden Funktion verfügen Institutionen aber auch über eine *symbolische Funktion*, indem sie eine Ausdrucksform der jeweiligen politischen Orientierung sind, die ein spezifisches Gesellschaftsbild charakterisieren (vgl. 17). Zusätzlich zu diesen von Göhler übernommenen Charakteristika zur Kennzeichnung von Institutionen möchte Meyer den Institutionenbegriff – unter Bezugnahme auf Arno Waschkuhn – auch in einem extensiveren Sinne ver-

standen wissen. Demnach lassen sich unter den Institutionenbegriff Meyer zufolge auch »[...] (1) Staatsorgane (Regierungen, Parlamente), (2) Organisationen (Parteien, Gewerkschaften) und (3) Verfahrensregeln (Wahlen, Mehrheitsprinzip)« subsumieren (17).

Das Hauptverdienst von Meyers historisch-ideengeschichtlicher Analyse besteht darin, aufzuzeigen, inwiefern das Prinzip der *defensiven Demokratisierung* – sprich: die Exklusionsmechanismen, welche dafür sorgen, dass die politische Teilhabe der unteren Klassen am liberal-demokratischen Prozess seit jeher eingeschränkt wurde – unmittelbar mit der (durchaus beabsichtigten) institutionellen Ausgestaltung einer jeweiligen Gesellschaftsform zusammenhängt.

Das Prinzip der defensiven Demokratisierung veranschaulicht Meyer anhand dreier kanonischer Autoren, die in ideengeschichtlicher Hinsicht unmittelbar zur Prägung des Demokratiebegriffs beigetragen haben: Alexis de Tocqueville, John Stuart Mill und Max Weber (vgl. 31ff.). Meyer führt im Wesentlichen drei Gründe für die Selektion dieser drei Autoren an: (I) Sie lassen sich dezidiert in den Kanon liberal-demokratischer Theoriebildung einordnen; (II) alle drei haben sich auf wirkmächtige und eine in der breiten Rezeption anerkannte Art und Weise mit der Institutionalisierung demokratischer Institutionen beschäftigt und (III): Sie lassen sich in einem spezifischen historischen Kontext verorten, welcher durch die Frage nach dem allgemeinen Wahlrecht geprägt war – wobei sich das Wort ›allgemein‹ hier maßgeblich, wie Meyer richtig anmerkt, auf das männliche Geschlecht bezog. Das Aufkommen der Frage nach dem allgemeinen Wahlrecht war jedoch zugleich – womit auf den entscheidenden thematischen Hintergrund von Meyers Schrift verwiesen ist – durch den Prozess der Herausbildung der liberalen Demokratie vor dem Hintergrund einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft geprägt (vgl. 32) – ein Umstand, durch den sich erst konkret veranschaulichen lässt, warum die drei von Meyer behandelten Autoren derart vehement gegen den Prozess einer allgemeinen Demokratisierung vorzugehen intendierten.

⇒ Alexis de Tocqueville

Alexis de Tocqueville ist der erste Autor, den Meyer genauer thematisiert und der zugleich, nach der These von Raymond Aron, als Begründer des Begriffs der liberalen Demokratie ausgemacht wird (40ff.). In diesem Zusammenhang gilt Tocquevilles Hauptwerk *Über die Demokratie in Amerika* als zentraler Referenzpunkt. Meyer macht auf den wichtigen Umstand aufmerksam, dass Tocqueville – im Gegensatz zu

Mill und Weber – zunächst nicht primär als ein Denker aufzufassen ist, der sich mit dem Begriff der liberalen Demokratie aus einer institutionentheoretischen Perspektive auseinandersetzt, sondern den Prozess der liberalen Demokratisierung zunächst als eine gesellschaftliche Entwicklungstendenz begreift, die durch spezifische Institutionen reguliert werden muss. Dabei ist es in diesem Zusammenhang insbesondere wichtig, zu erläutern, wie sich diese Entwicklungstendenz im Rahmen von Tocquevilles Werk konkret charakterisieren lässt und warum eine institutionelle Regulierung ebendieser nach Tocquevilles Auffassung vonnöten ist. Jene Art von demokratischer Entwicklungstendenz zeichnet sich nach Tocqueville durch eine zunehmende, sich auf gesellschaftlicher Ebene manifestierende Form der Gleichheit aus. Diese stellt damit – auch das arbeitet Meyer präzise heraus – eher einen sozialen als einen institutionell politischen Entwicklungsprozess dar. Besonders greifbar wird die Unaufhaltsamkeit dieses Entwicklungsprozesses dadurch, dass Tocqueville eine Auflehnung gegen diese Entwicklung in *Über die Demokratie in Amerika* mit einer Auflehnung gegen den göttlichen Schöpfer selbst gleichsetzt (41). Die Thematisierung einer möglichen Auflehnung gegenüber diesem Prozess deutet ihrerseits bereits implizit auf Tocquevilles Skepsis gegenüber (bestimmten Formen von) Demokratisierungserscheinungen und damit auch auf seine Befürwortung einer möglichen institutionellen Einhegung ebendieser Prozesse hin. Dies wird insbesondere dadurch deutlich, dass Tocqueville den Demokratiebegriff im Gegensatz zu anderen demokratietheoretischen Ansätzen ganz explizit von sozialistischen Theorieansätzen abgegrenzt wissen möchte (49ff.) und in diesem Sinne für eine *liberale* Form der Demokratie eintritt. Der Grund ist eindeutig: Es geht Tocqueville um eine Form der institutionellen Einhegung der arbeitenden Klassen. Tocqueville möchte damit also ausdrücklich nicht, dass die breite Masse (welche aus der Arbeiterklasse besteht) direkt regiert, sondern vielmehr institutionell eingehegt wird, da er eine *Tyrannie der Mehrheit* (ausgehend von den arbeitenden Klassen) fürchtet (vgl. u.a. 79f.).

Die Möglichkeiten, die Tocqueville zu ebendieser Einhegung vorschlägt, werden von Meyer detailliert thematisiert und sind in der Tat vielfältig. So kommen – um an dieser Stelle nur zwei Beispiele zu nennen – vor allem *parlamentarischen* und *intermediären* Institutionen innerhalb von Tocquevilles Argumentationslinie eine besondere Bedeutung zu.

Parlamentarische Institutionen sollen nach der von Tocqueville ausgearbeiteten Lesart dafür sorgen, dass kein »zu viel« an direktem Einfluss

von den arbeitenden Bevölkerungsschichten auf die politischen Prozesse ausgeht. Die parlamentarischen Institutionen sollen dementsprechend von einem kleinen und erlesenen Zirkel »[...] von als kompetent erachteten Persönlichkeiten, die weitgehend vom direkten Einfluss des Volkes abgeschirmt werden [...]« geführt werden (61). Der elitäre Grundcharakter des von Tocqueville geprägten Ansatzes wird an dieser Stelle bereits unzweideutig erkennbar. *Intermediäre* Institutionen stellen bei Tocqueville eine weitere institutionenpolitische Strategie gegenüber einer zu großen Herrschaft der Massen dar und dienen dem Zweck, der Tyrannei der Mehrheit Einhalt zu gebieten.

Nachdem Meyer sich ausführlich mit Tocquevilles Vorschlägen zur institutionellen Einhegung der unteren Klassen auseinandergesetzt hat, rückt ein weiterer und von Tocqueville in nicht unwesentlichem Maße beeinflusster Denker ins Zentrum der Analyse: John Stuart Mill.

⇒ John Stuart Mill

Meyer arbeitet in aller Deutlichkeit heraus, inwiefern die Sorge um eine zu große Einflussnahme der arbeitenden Klassen auch bei Mill vorherrschend war. War Mill zunächst – bedingt durch den Einfluss der *philosophical radicals*, welche vor allem durch seinen Vater James Mill und Jeremy Bentham prominent vertreten wurden – Verfechter eines direkteren und radikaleren Demokratiebegriffs, so wurde diese egalitäre Grundgesinnung vor allem durch den Einfluss Tocquevilles entscheidend abgeschwächt. Diese neue, nach Mills eigener Aussage »modifizierte« Form der Demokratie soll – dies arbeitet Meyer im Einklang mit der in seiner Schrift vorherrschenden Thematik präzise heraus – den Einfluss und damit die Herrschaft der gesellschaftlichen Mehrheit einhegen (91). Die Konsequenz ist, dass Mills Abwendung von den *philosophical radicals* – neben Autoren wie Tocqueville hat auch die Auseinandersetzung mit den Schriften von Coleridge entschieden zu dieser Auffassung beigetragen – in einen durch und durch elitär anmutenden Demokratiebegriff mündet: Es obliegt nun einer der breiten Bevölkerungsmehrheit intellektuell überlegenen Elite, das Volk, welches ebendiese Elite wählt, zu erziehen (93f.).

Es gelingt Meyer, treffsicher zu rekonstruieren, wie dieser Wandel von einem ursprünglichen Verfechter eines egalitär geprägten Demokratieverständnisses im Sinne der *philosophical radicals* hin zu einem elitären Demokratieverständnis in dem von Mill geprägten Theoriegebäude einzuordnen ist: nämlich vor dem Hintergrund der Revision des vor allem von Bentham geprägten utilitaristischen Theorieansatzes. Dieser

Wandel, in welchem vor allem Mills ab 1820 einsetzende mentale Krise eine wesentliche Rolle spielt, äußert sich in der Einsicht, dass der egalitäre Grundsatz der von Bentham geprägten utilitaristischen Moraltheorie nicht als sinnstiftende Grundlage für die politische und institutionelle Organisation eines Gemeinwesens dienen kann.

Statt bei institutionellen Überlegungen vom Prinzip des größtmöglichen Glücks für eine größtmögliche Zahl an Menschen auszugehen, geht es nach Mill – gemäß der von ihm vollzogenen qualitativ-hedonistischen Revision des traditionellen utilitaristischen Theorieansatzes – vor allem darum, qualitativ zwischen verschiedenen Formen von Freuden zu unterscheiden. Anders formuliert: Es geht nicht allein um die Quantifizierung von verschiedenen, als nebeneinander gleichrangig zu erachtenden Freuden, sondern auch um die qualitative Differenzierung zwischen ebendiesen Freuden (vgl. 92). Damit macht Meyer auf einen Kernpunkt der von Mill vertretenen anthropologischen Grundannahmen aufmerksam, welchen ich an anderer Stelle als einen *Anti-Essentialismus* der menschlichen Natur im Rahmen des von Mill vertretenen Theoriegebäudes beschrieben habe: dass Menschen nämlich qua ihrer Natur zu Veränderungs- und Bildungsprozessen in der Lage sind (vgl. Maiwald 2024, 424f.). Die Konsequenz aus einer derartigen Grundüberlegung – ungeachtet der durchaus egalitären Grundannahme, dass *alle* Menschen zu derartigen Veränderungsprozessen in der Lage sind – besteht zunächst in dem Umstand, dass manche Menschen (die gebildete Elite nämlich) diesen Bildungsprozess bereits durchlaufen haben und den weniger Gebildeten (bei Mill vor allem: die arbeitende Bevölkerung) zu jenem höheren Bildungsstadium zu helfen vermögen (93). Meyer kann hiermit ein (scheinbares) Paradox auflösen, welches im Rahmen von Mills Gesamtwerk deutlich wird: Gerade eine auf egalitären Grundsätzen basierende Bildungs- und Veränderungsfähigkeit der menschlichen Natur fungiert bei Mill zugleich als Grundlage für anti-egalitäre institutionenpolitische Maßnahmen. Kurzum: Jene von Mill apostrophierte intellektuelle Elite, die mit den Regierungstätigkeiten beauftragt werden soll, ist der zu regierenden Bevölkerung im Hinblick auf das Maß an Erfahrung und Bildung bei Weitem überlegen (93).

Meyer thematisiert viele der von Mill vorgeschlagenen institutionspolitischen Maßnahmen, die die politische Partizipation der arbeitenden Bevölkerungsschichten einschränken sollen. Besonders im Fokus von Meyers Analyse steht das von Mill vorgeschlagene Prinzip des

Pluralstimmrechts.¹ In diesem Vorschlag kommt das bereits zuvor apostrophierte – scheinbare – Paradoxon voll und ganz zum Tragen, da Mill auch hier von einer Bildungs- und Veränderungsfähigkeit des Menschen ausgeht, diese aber zugleich als argumentative Grundlage für anti-egalitäre institutionenpolitische Maßnahmen nutzt. Das Pluralwahlrecht stellt nach Mills Auffassung einen Kompromiss zwischen der Forderung nach einem allgemeinen politischen Mitspracherecht dar – immerhin ist demnach *jeder* wahlberechtigt – und dem Bestreben, dass die am meisten gebildeten Personen den größten politischen Einfluss ausüben sollen, da diese mehr Stimmen haben (vgl. 127ff.).

Die Ambivalenz, die Mills Auffassung der Entwicklungs- und Bildungsfähigkeit des Menschen zugrunde liegt, fasst Meyer treffend wie folgt zusammen: »Der Bildungsbegriff von Mill weist [...] einen Doppelcharakter auf: Auf der einen Seite steht Bildung als Prozess und allgemeines Entwicklungsziel, auf der anderen als Kriterium für die Entscheidung, inwieweit den Einzelnen oder bestimmten Gruppen und Klassen effektive politische Partizipation ermöglicht werden soll. Sein Ziel, der Gesellschaft zu möglichst umfassender moralischer Vervollkommnung (oder auch: *Bildung*) zu verhelfen, hat dabei den Effekt, bei der von Mill geplanten Verwirklichung die Gesellschaft in zwei ungleiche Teile aufzuspalten – die wenigen Gebildeten und die zahlreichen Ungebildeten. Auch wenn Mill meistens von dem Mangel an Bildung spricht, ist es praktisch die Klassenzugehörigkeit, die für ihn darüber entscheidet, welche Partizipationschancen bestimmten Personen oder Klassen eingeräumt werden sollen.« (182, Herv. i.O.)

Der Doppelcharakter von Mills Bildungsbegriff, auch darauf weist Meyer treffend hin, erstreckt sich selbst auf die von Mill angerissene Praktikabilität sozialistischer Formen der ökonomischen und gesellschaftlichen Organisation: Mill sieht den Sozialismus als ein mögliches und in der Zukunft erreichbares Ideal, kann jedoch derzeit keinen hinreichenden intellektuellen Entwicklungsstand bei der arbeitenden Bevölkerung ausmachen, auf dessen Grundlage ein derartiges systemisches Arrangement unmittelbar realisiert werden könnte (182).

Meyers äußerst detailreiche Analyse reißt noch zahlreiche weitere Maßnahmen zu einer defensiven Demokratisierung im Rahmen von Mills Werk an, auf welche hier nicht weiter eingegangen werden kann. Nur so viel: Die Hauptfrage, die Mills Denken prägt, ist nicht mehr die

(1) Das von Mill thematisierte Pluralwahlrecht geht von der Grundprämisse aus, dass zwar alle stimmberechtigt sind, die einzelnen Stimmen jedoch – je nach Bildungsstand der Wahlberechtigten – eine unterschiedliche Gewichtung erfahren (vgl. Meyer 126ff.).

nach einer möglichst effektiven *Verhinderung* von demokratischer Partizipation der arbeitenden Klassen, sondern die nach einer möglichst effektiven *Einschränkung* ebendieser (183f.).

⇒ Max Weber

Der dritte und letzte Denker, den Meyer im Hinblick auf das Konzept der defensiven Demokratisierung analysiert, ist Max Weber. Für Weber stellt der Prozess der Demokratisierung etwas dar, das bereits stattgefunden hat und unumkehrbar ist. Die Skepsis gegenüber den einfachen und arbeitenden Bevölkerungsschichten ist bei Weber jedoch ähnlich groß wie bei Tocqueville und Mill. Im Sinne einer defensiven Demokratisierung leitet Weber aus diesem Umstand jedoch nicht die Schlussfolgerung ab, dass es die demokratische Partizipation in irgendeiner Form einzuschränken gelte, sondern vielmehr, dass diese zu *kanalisieren* sei. Im Lichte von Meyers Ausführungen werde ich mich im Folgenden besonders auf ein politisches Konzept beschränken, dem bei Meyers Auseinandersetzung mit Webers Denken eine besondere Rolle zukommt: die *plebiszitäre Führerdemokratie* (254ff.).

Um das Konzept der plebiszitären Führerdemokratie zu verstehen, ist es lohnend, sich zu vergegenwärtigen, inwiefern es sich als Antwort auf eine spezifische Frage Webers begreifen lässt – nämlich: Wie kann der politische Einfluss des Bürgertums, zu welchem sich Weber völlig unzweideutig auch selbst zählte – gestärkt und der Einfluss der arbeitenden Klassen, d.i. der Massen, gleichzeitig minimiert werden, ohne das allgemeine Wahlrecht einzuschränken? Die Antwort, die Weber auf diese Frage gibt – auch das vermag Meyers Analyse präzise herauszuarbeiten –, lautet, dass das allgemeine Wahlrecht nicht einzuschränken, *sondern in seiner Effektivität abzuschwächen sei* (255). Gemäß des von Weber entwickelten Konzepts der plebiszitären Führerdemokratie sollen »[...] die Entscheidungskompetenzen über politische Fragen hin zu den Führungspersönlichkeiten kanalisiert werden, die er [Weber, F. M.] aufgrund ihrer besonderen Fähigkeiten als qualifiziert erachtet« (255).

Diese Politikauffassung birgt letztendlich Konsequenzen im Hinblick auf Webers gesamtes Verständnis der Gestaltung politischer Institutionen im Lichte einer defensiven Demokratisierung – hierzu Meyer: »Demokratische Verfahren sowie staatliche Institutionen in engerem Sinne sollen dabei in erster Linie gewährleisten, dass qualifizierte Führungspersönlichkeiten mit möglichst breiter Machtbasis an die Spitze der zentralen institutionellen Einrichtungen (der Parteien, des Parlaments

und der Regierung) gelangen. Eine Partizipation, die über die Beteiligung an periodischen Wahlen hinausgeht, ist somit für Weber nicht erstrebenswert. Er sieht in der von sozialistischen Kräften (von der Oktoberrevolution in Russland, der in Deutschland kurzzeitig existierenden Arbeiter- und Soldatenräte, dem Syndikalismus bis hin zur deutschen Sozialdemokratie) geforderten weitgehenden Demokratisierung eine Gefahr, sowohl für die politische Ordnung als auch für die Umsetzung des Führungsanspruchs des Bürgertums.« (255)

Kurzum: Der einzig politisch-partizipative Akt, welcher dem Volk zukommt, ist die demokratische Wahl des politischen Führers – nach der Wahl liegen die politischen Handlungs- und Gestaltungsspielräume jedoch einzig und allein bei der gewählten politischen Führungsperson selbst, und das Volk verkommt – ganz im Einklang mit der von Weber benutzten Terminologie – zur *passiven* Masse (188f.).

Meyer macht hellsichtig darauf aufmerksam – und zwar gerade deshalb, weil Weber sich klar dem bürgerlichen Lager zuordnet –, dass Webers Konzept der plebiszitären Führerdemokratie darauf ausgerichtet ist, mittels eines Balanceakts das Bürgertum zu stärken. Dabei stand für Weber seinerzeit insbesondere die Frage im Vordergrund, wie man ungeachtet des allgemein geltenden Wahlrechts dafür sorgen kann, dass die Stimmen der arbeitenden (*unteren*) Klassen dazu führen, das liberale Bürgertum gegenüber den bürokratisch geprägten Konservativen zu stärken. Eine Gefahr, die es nach Weber in diesem Kontext unbedingt zu vermeiden gilt, ist eine Stärkung sozialistischer Parteien durch die Arbeiterschaft (256).

Webers Konzeption einer plebiszitär geprägten Führerdemokratie hat in letzter Konsequenz auch entscheidende Implikationen für die Konstitution und die strukturellen Organisationsbedingungen von politischen Parteien. Entgegen der Annahme, dass sich innerhalb der Parteien ein multiperspektivischer Interessenverband zusammenfindet, der an der politischen Willensbildung der Parteien (und in letzter Konsequenz auch des Staatswesens) mitarbeitet, verhält es sich vielmehr so, dass jegliche politische Gestaltungskraft von den Parteiführern selbst ausgeht – hierzu noch einmal Meyer im Wortlaut: »Eine Schlüsselrolle in Webers politischem Denken nehmen die politischen Parteien ein. [...] Denn bei den Parteien, die Weber durchaus als ›Massenorganisationen‹ versteht, geht es ihm ebenso wenig wie bei der Wahl darum, der ›Masse‹, bzw. den Einzelnen, aus denen sie sich zusammensetzt, die Möglichkeit inhaltlicher politischer Mitsprache einzuräumen. Vielmehr sieht er die Funktion der Parteien in der Werbung von Anhängern von ›oben‹, wobei jegliche politische Initiative von den

jeweiligen »Parteiführern« auszugehen habe. So dient die Partei der Auslese politischer Führungspersönlichkeiten sowie der Organisation und Disziplinierung von deren Gefolgschaft.« (256)

Was Meyer im Hinblick auf alle drei Denker mit aller Klarheit herausarbeitet, ist der Impetus einer defensiven Demokratisierung, der von ihnen ausgeht – wengleich auch unter divergierenden Vorzeichen aufgrund jeweils unterschiedlicher historischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen.

Meyer verfolgt mit seiner Dissertationsschrift ein anspruchsvolles und aus politiktheoretischer Perspektive zweifelsohne relevantes Thema; dass nämlich die Dynamiken der Exklusion – allen voran gegenüber den sozial und ökonomisch benachteiligten Bevölkerungsschichten – seit jeher als ein konstitutiver Bestandteil des Konzepts der liberalen Demokratie selbst zu erachten ist (vgl. 260). Dieser analytische Befund, den Meyer unter Berücksichtigung aller sozial-historischen Faktoren, gepaart mit einer detailreichen Autorenexegese, prägnant herauszuarbeiten vermag, hat weitreichende Konsequenzen. Denn unter Bezugnahme auf Autoren wie Dirk Jörke, Oliver Eberl und David Salomon blickt Meyer am Ende in die Gegenwart vor und verdeutlicht, dass der Prozess der defensiven Demokratisierung qua institutionspolitischer Maßnahmen bis in die Gegenwart anhält (vgl. 272).

Damit spricht Meyer (zumindest partiell) einen gedanklichen Topos an, den Adorno in der *Negativen Dialektik* im Zuge seiner Auseinandersetzung mit dem Freiheitsbegriff zum Ausdruck brachte. Freiheit, so Adornos Analyse, ist in ihrer eigenen konzeptuellen Verfasstheit durch eine unauflösbare Form der Kontradiktion geprägt. Erst wenn die Abstraktion des Freiheitsbegriffs auf die empirisch vorzufindende Konkretion der gesellschaftlichen Verhältnisse trifft, so Adorno, kommt dieser Widerspruch vollumfänglich zum Tragen. Anders ausgedrückt: Entgegen des im Freiheitsbegriff angelegten Ideals einer egalitär distribuierten Freiheit für alle Gesellschaftsmitglieder scheitert dieses Ideal (notwendig) an der Realität – etwa, weil viele Menschen durch Armut strukturell an der Wahrnehmung ihrer eigenen Freiheitsrechte gehindert werden (Adorno 1973, 151). Auch das Konzept der liberalen Demokratie, so Meyer, scheitert in der empirischen Konkretion der gesellschaftlichen Verhältnisse am eigens apostrophierten Ideal einer gleichen Partizipation für alle Gesellschaftsmitglieder. Oder, um zu dem eingangs angeführten Zitat von Orwell zurückzukehren: Manche sind in der liberal-demokratischen Praxis eben gleicher als andere.

Ungeachtet inhaltlich divergierender Auffassungen – ich persönlich denke zum Beispiel, dass Meyer den emanzipatorischen Aspekt von Mills Ansatz sozialistischer Formen von Genossenschaftsexperimenten bisweilen etwas unterschätzt – stellt Meyers Schrift zweifelsohne einen kaum zu überschätzenden Beitrag zur politischen Theoriebildung dar. Mehr noch: Meyer vermag eine ganz entscheidende Frage im Zeitalter zunehmender Politikverdrossenheit sowie eines erstarkenden Rechtspopulismus aufzuwerfen: Gilt es nicht, statt fortwährend politisch-praktische Reformbemühungen in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken, vielmehr die blinden Flecken der theoretischen Prämissen in den Blick zu nehmen, die den vorherrschenden institutionellen Arrangements liberal-demokratischer Praxis zugrunde liegen?

⇒ Literaturverzeichnis

Jan Meyer (2025): Institutionenpolitik gegen die »unteren Klassen« Zur Einschränkung von Partizipation in der Ideengeschichte liberaler Demokratie, Bielefeld: transcript.

Theodor W. Adorno (1973): Negative Dialectics, London: Routledge & Kegan Paul Ltd.

George Orwell (1982): Farm der Tiere, Zürich: Diogenes Verlag.

Florian Maiwald (2024): Ein sozialistischer Liberaler oder ein liberaler Sozialist? – Der Wert der Individualität als Transzendierung politischer Kategorien in der Philosophie John Stuart Mills, Baden-Baden: Nomos.

Florian Maiwald, *1992, Dr. phil., Philosoph und politischer Theoretiker (flomai1@gmx.de).

Zitationsvorschlag:

Maiwald, Florian (2026): Rezension: Vom institutionalisierten ›Blick nach unten‹. Jan Meyer beleuchtet die Ideengeschichte der liberalen Demokratie (Ethik und Gesellschaft 1/2026: Kein Spiel. Wargaming und Serious Gaming im Zeitalter der KI). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2026-rez-9> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialetik

1/2026: Kein Spiel. Wargaming und Serious Gaming im Zeitalter der KI

Gerhard Schreiber
Kein Spiel. *Wargaming* und *Serious Gaming* im Zeitalter der KI. Zur Einleitung

Lukas Johrendt und Kathrin Bruder
(K)eine Spiel-Moral? Ethik diesseits und jenseits des Kriegsspiels

Benedikt Bussmann
Spielerisch in den Abgrund blicken

Isabelle Fries
Ein Spielverderber namens Ernst
Metaethische Reflexionen zu Wargames und Serious Games

Lukas Ohly
Können KI-Trainingsspiele Kriege humanisieren?

Sylvia Kühne
Playful technologies?
Über Anspruch und Risiko von Künstlicher Intelligenz im Wargaming

Marie-Christin Barleben
Peacegaming. Oder wie wir spielend Frieden lernen

Max Tretter
Digital Sovereignty and Video Games